B e s c h l u s s p r o t o k o l l

über die 23. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.02.2014 im Kolpinghaus, Am Rinnentor 46, 64625 Bensheim

Beginn: 18:14 Uhr

Punkt 1.a) **Mitteilungen und Berichte der Stadtverordnetenvorsteherin**

Punkt 1.b) **Mitteilungen und Berichte des Ausschussvorsitzenden**

Punkt 1.c) **Abgabe von persönlichen Erklärungen der Stadtverordneten oder Magistratsmitglieder**

Punkt 2) **Mitteilungen und Berichte des Magistrats gemäß § 50 Abs. 3 HGO**

Punkt 3.1) **Änderungsantrag der FDP-Fraktion bzgl. des Antrages der BfB-Fraktion: "Vorlage der Maßnahmen für Klimaschutz im Zusammenhang mit dem Hessentag"**

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die Vorlage mit den geplanten Maßnahmen für den Klimaschutz im Zusammenhang mit dem Hessentag in Höhe von 60.000 Euro bis zur Ausschussrunde Märzt/April 2014/Stadtverordnetenversammlung am 03. April 2014 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt 3.2) **Antrag der BfB-Fraktion bezüglich "Vorlage der Maßnahmen für den Klimaschutz im Zusammenhang mit dem Hessentag"**

Anmerkung: Aufgrund der Zustimmung des Änderungsantrages der FDP-Fraktion (Punkt 3.1), hat keine Abstimmung zu diesem Punkt stattgefunden.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die Vorlage mit den geplanten Maßnahmen für den Klimaschutz im Zusammenhang mit dem Hessentag in Höhe von 60.000 Euro bis spätestens zur Ausschussrunde Mai 2014/Stadtverordnetenversammlung am 22. Mai 2014 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Punkt 4) Antrag der Fraktionen von SPD, BfB, FWG und FDP bezüglich "Änderungen und Ergänzungen zum Haushaltskonsolidierungskonzept"

Punkt 4.a) Antrag der BfB-Fraktion bezüglich "Änderungen am Haushaltssicherungskonzept" (Streichung der Stelle des weiteren hauptamtlichen Stadtrates)

Beschluss:

1. Neue Zielsetzung: die Stelle des weiteren hauptamtlichen Stadtrats wird aus der Hauptsatzung gestrichen. Nach Auslaufen der Wahlzeit des weiteren Stadtrats wird die Stelle nicht neu besetzt. Ebenfalls ab diesem Zeitpunkt wird die Stelle der Sekretärin des weiteren hauptamtlichen Stadtrats gestrichen. Diese Stelle erhält einen KW-Vermerk „künftig wegfallend“. Die Hauptsatzung wird wie folgt geändert: „§ 4 Absatz 2: Die Zahl der Stadträte beträgt acht. Die Stelle des hauptamtlichen Stadtrats wird hauptamtlich verwaltet.“

Der Beschluss wird gefasst mit: 08 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 4.b) Antrag der BfB-Fraktion bezüglich "Änderungen am Haushaltssicherungskonzept" (Hausmeisterpool)

Anmerkung: Der Beschluss von Punkt 4.b) zielt auf eine Prüfung des Antrages für das Haushaltssicherungskonzept 2015 ab, wie vom Gremium mehrheitlich gewünscht.

Beschluss:

„Der Magistrat wird beauftragt, die Auswirkungen eines gemeinsamen Hausmeisterpools und logistische Dienste zu prüfen und kurzfristig vorzulegen (Seite 10 des Konzeptes).“

Der Beschluss wird gefasst mit: 30 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

Punkt 4.c) Antrag der BfB-Fraktion bezüglich "Änderungen am Haushaltssicherungskonzept" (Grundstücksordnung)

Beschluss:

Zielsetzung ist die Veräußerung der Anwesen Fehlheimer Straße 94 und Augartenstraße 13, geschätzter Verkaufserlös ca. 300.000 bis 350.000 Euro.

„Die Zielsetzung für die beiden Objekte wird auf 255.000 geändert."

In die Zielsetzung Grundstücksordnung wird neu aufgenommen:

A) Verkauf des Hoffart-Geländes;
B) Verkauf des Hauses am Markt nach der Sanierung des Bürgerhauses;
C) Verkauf der Rodensteinschule

Der Magistrat wird beauftragt, die zu erwartenden Verkaufserlöse zu ermitteln und kurzfristig in das Haushaltssicherungskonzept aufzunehmen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 15 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 4.d) Antrag der BfB-Fraktion bezüglich "Änderungen am Haushaltssicherungskonzept" (Anhebung der Gewerbesteuer)

Beschluss:

„Die Gewerbesteuer soll bereits ab dem Jahr 2015 auf 380 % steigen."

Der Beschluss wird gefasst mit: 06 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 4.e) Antrag der BfB-Fraktion bezüglich "Änderungen am Haushaltssicherungskonzept" (Parkraumbewirtschaftungskonzept)

Beschluss:

Änderungsantrag Parkraumbewirtschaftungskonzept mit Mehreinnahmen ab dem Jahr 2015 um 300.000 Euro und ab 2018 um 450.000 Euro wird gestrichen

Der Beschluss wird gefasst mit: 08 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 4.f) Antrag der BfB-Fraktion bezüglich "Änderungen am Haushaltssicherungskonzept" (U 3 Betreuung)

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die Vorbereitungen für den Neubau der KITA Stubenwald durch die AWO zu stoppen. Die Betreuung für unter 3-jährige ist zusätzlich zu dem bereits beschlossenen Maßnahmen über die Stärkung der Säule Betreuung durch Tagesmütter zu gewährleisten. In Bensheim gibt es freie Plätze bei der U 3 Betreuung und bei den Tagesmüttern gibt es freie Kapazitäten.

Der Beschluss wird gefasst mit: 05 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 4.g) Antrag der BfB-Fraktion bezüglich "Änderungen am Haushaltssicherungskonzept" (öffentliche Toiletten)

Beschluss:

Bei der Zielsetzung Bereitstellung von Gebäuden sind die Toiletten Stadtpark nicht zu schließen und die Toilette Tiefgarage am Neumarkt wieder zu öffnen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 08 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 4.h) Antrag der FWG-Fraktion bezüglich "Haushaltssicherungskonzept 2014" (Gewerbesteuer)

Beschluss:

Die Gewerbesteuer wird ab 2015 von 355 % auf 365 % angehoben, ab 2017 auf 380 % und ab 2018 auf 395 %.

Der Beschluss wird gefasst mit: 13 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 4.i) **Antrag der FWG-Fraktion bezüglich "Haushaltssicherungskonzept 2014" (Stellenbesetzungssperre)**

Beschluss:

Die Stellenbesetzungssperre kann nicht vom Magistrat, sondern nur vom HFA aufgehoben werden.

Der Beschluss wird gefasst mit: 08 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 4.j) **Antrag der FWG-Fraktion bezüglich "Haushaltssicherungskonzept 2014" (Konzessionsvertrag für Trinkwasser)**

Beschluss:

Der Abschluss eines Konzessionsvertrages für Trinkwasser wird ab 2015 eingeführt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 05 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 4.k) **Änderungsantrag der FWG-Fraktion zum Antrag der FWG-Fraktion bezüglich "Haushaltssicherungskonzept 2014" (Sach- und Dienstleistungen)**

Beschluss:

Detaillierte Erläuterungen, welche Sach- und Dienstleistungen im Einzelnen reduziert werden sollen bzw. können, werden ***bis Ende dieses Monats*** vorgelegt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 08 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 4.k.1) Antrag der FWG-Fraktion bezüglich "Haushaltssicherungskonzept 2014" (Sach- und Dienstleistungen)

Anmerkung: Aufgrund des Änderungsantrages entfällt dieser Punkt.

Beschluss:

Detaillierte Erläuterungen, welche Sach- und Dienstleistungen im Einzelnen reduziert werden sollen bzw. können, werden im HFA erläutert und bis spätestens 3 Tage vor der Stadtverordnetenversammlung schriftlich vorgelegt.

Punkt 4.l) Änderungsantrag der FWG-Fraktion zum Antrag der FWG-Fraktion bezüglich "Haushaltssicherungskonzept 2014" (Parkraumbewirtschaftungskonzept)

Beschluss:

In groben Zügen ist ***bis Ende dieses Monats*** darzustellen, wie Einnahmen bis zu 450.000 Euro durch ein Parkraumbewirtschaftungskonzept erzielt werden können.

Der Beschluss wird gefasst mit: 03 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 4.l.1) Antrag der FWG-Fraktion bezüglich "Haushaltssicherungskonzept 2014" (Parkraumbewirtschaftungskonzept)

Anmerkung: Aufgrund des Änderungsantrages entfällt dieser Punkt.

Beschluss:

In groben Zügen ist darzustellen, wie Einnahmen bis zu 450.000 Euro durch ein Parkraumbewirtschaftungskonzept erzielt werden können.

Punkt 4.m) Antrag der FWG-Fraktion bezüglich "Haushaltssicherungskonzept 2014" (Veräußerung von Immobilien)

Beschluss:

Alle nicht von der Stadt oder einer ihrer Beteiligungsgesellschaften genutzten bebauten Immobilien werden veräußert.

Der Beschluss wird gefasst mit: 03 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 4.m.1) Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion zum Antrag der FWG-Fraktion bezüglich "Haushaltssicherungskonzept 2014" (Veräußerung von Immobilien)

Beschluss:

Alle nicht von der Stadt oder eine ihrer Beteiligungsgesellschaften genutzten bebauten **und unbebauten** Immobilien (**Stand 31.12.2013), die nicht aufgrund vertraglicher oder gesetzlicher Belange bis auf weiteres unveräußerlich sind,** werden veräußert.

Der Beschluss wird gefasst mit: 05 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 4.n) Antrag der SPD-Fraktion bezüglich "Haushaltssicherungskonzept" (Sach- und Dienstleistungen)

Beschluss:

In Abänderung des am 19.12.2013 mehrheitlich beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes soll das Ziel eines Haushaltsausgleiches im Jahr 2020 dadurch erreicht werden, dass die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ab dem Jahr 2017 lediglich um 900.000 Euro reduziert werden.

Der Beschluss wird gefasst mit: 10 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 4.o) Antrag der SPD-Fraktion bezüglich "Haushaltssicherungskonzept" (Leistungsentgelte)

Beschluss:

In Abänderung des am 19.12.2013 mehrheitlich beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes soll das Ziel eines Haushaltsausgleiches im Jahr 2020 dadurch erreicht werden, dass die privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte ab dem Jahr 2018 lediglich um 50.000 Euro erhöht werden.

Der Beschluss wird gefasst mit: 13 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 4.p) Antrag der SPD-Fraktion bezüglich "Haushaltssicherungskonzept" (Zuweisungen und Zuschüsse)

Beschluss:

In Abänderung des am 19.12.2013 mehrheitlich beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes soll das Ziel eines Haushaltsausgleiches im Jahr 2020 dadurch erreicht werden, dass die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse im Jahr 2020 lediglich um 50.000 Euro gesenkt werden.

Der Beschluss wird gefasst mit: 13 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 4.q) Antrag der SPD-Fraktion bezüglich "Haushaltssicherungskonzept" (Grundsteuer B)

Beschluss:

In Abänderung des am 19.12.2013 mehrheitlich beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes soll das Ziel eines Haushaltsausgleiches im Jahr 2020 dadurch erreicht werden, dass die Grundsteuer B im Jahr 2017 auf 345 v.H. festgesetzt wird. Eine weitere Erhöhung im Jahr 2020 findet nicht statt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 10 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen, 03 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 4.r) Antrag der SPD-Fraktion bezüglich "Haushaltssicherungskonzept" (Gewerbesteuer)

Beschluss:

In Abänderung des am 19.12.2013 mehrheitlich beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes soll das Ziel eines Haushaltsausgleiches im Jahr 2020 dadurch erreicht werden, dass die Gewerbesteuer im Jahr 2015 auf 365 v.H., im Jahr 2017 auf 380 v.H. und im Jahr 2018 auf 395 v.H. festgesetzt wird.

Der Beschluss wird gefasst mit: 13 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 4.s) Antrag der SPD-Fraktion bezüglich "Haushaltssicherungskonzept" (Verlustausgleich für EB Stadtkultur)

Beschluss:

In Abänderung des am 19.12.2013 mehrheitlich beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes soll das Ziel eines Haushaltsausgleiches im Jahr 2020 dadurch erreicht werden, dass der Verlustausgleich für den EB Stadtkultur ab dem Jahr 2018 lediglich um 100.000 Euro reduziert wird.

Der Beschluss wird gefasst mit: 10 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 4.t) Antrag der SPD-Fraktion bezüglich "Haushaltssicherungskonzept" (Erhöhung Gebühren Kinderbetreuung)

Beschluss:

In Abänderung des am 19.12.2013 mehrheitlich beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes soll das Ziel eines Haushaltsausgleiches im Jahr 2020 dadurch erreicht werden, dass die Erhöhung der Gebühren für Kinderbetreuung ab dem Jahr 2018 entfällt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 14 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 4.u) Antrag der FDP-Fraktion bezüglich "Haushaltssicherungskonzept" (GGEW Aktien)

Anmerkung: Der Antrag wurde vom Antragssteller vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, mit den anderen beteiligten Kommunen die Umwandlung der GGEW Aktien in sogenannte „Bürgeraktien“ abzustimmen mit dem Ziel des Verkaufs der Aktien anfangs mit zeitlich befristetem Vorkaufsrecht für die Bürger der an der GGEW AG beteiligten Kommunen bis spätestens 2020 und hierfür die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 0 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, **Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen**

Punkt 4.v) Antrag der FDP-Fraktion bezüglich "Haushaltssicherungskonzept" (Personalabbau)

Anmerkung: Der Antrag wurde vom Antragssteller vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die Reduktion der Anzahl der Mitarbeiter in der städtischen Verwaltung nach zuvor erfolgter, intensiver Aufgabenkritik (Zielvorgabe mindestens 10 % bis 2020, Stand 31.12.2013) zu konzipieren und in die Wege zu leiten, wobei es keine „Auslagerung“ in Eigenbetriebe wie z.B. Stadtkultur oder Kinderbetreuung bzw. Beteiligungen wie z.B. ZAKB oder KMB mit anschließender Übernahme der „Sachkosten“ und damit Kaschierung des Personalabbaus geben darf.

Der Beschluss wird gefasst mit: 0 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen,
Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen

Punkt 4.w) Antrag der FDP-Fraktion bezüglich "Haushaltssicherungskonzept" (Stubenwald II)

Anmerkung: Der Antrag wurde vom Antragssteller vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, für einen sofortigen Stopp der Aktivitäten zu Stubenwald II und damit für die Abplanung der Planungs-, Konzept-, Erschließungs-, Vermarktungs- und Folgekosten zu sorgen. Hiervon ausgenommen sind die temporären Baumaßnahmen und der Rückbau im Zusammenhang mit dem Hessentag 2014.

Der Beschluss wird gefasst mit: 0 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen,
Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen

Punkt 4.x) Antrag der FDP-Fraktion bezüglich "Haushaltssicherungskonzept" (AWO-Kinderbetreuungseinrichtung Stubenwald I)

Anmerkung: Der Antrag wurde vom Antragssteller vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, für einen sofortigen Stopp aller Aktivitäten hinsichtlich einer Beteiligung der Stadt Bensheim an der AWO-Kinder-betreuungseinrichtung in Stubenwald I und damit für die Abplanung der dafür vorgesehenen Mittel (auch Bürgschaften) zu sorgen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 0 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen,
Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen

Punkt 5) Antrag der FDP-Fraktion bezüglich "Frauenförderplan Eigenbetriebe"

Anmerkung: Zu Punkt 3. wurde Einzelabstimmung beantragt.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob für jeden Eigenbetrieb der Stadt Bensheim die Aufstellung eines eigenen Frauenförderplans notwendig ist (Stichwort 50-Beschäftigtengrenze)

2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, für welchen oder welche Eigenbetriebe der Stadt Bensheim eine eigene Frauenbeauftragte zu stellen ist.

4. Für den oder die Eigenbetrieb(e) der Stadt Bensheim, für die eine Frauenbeauftragte erforderlich oder gewünscht ist, wird eine solche gestellt und dies zuvor in der Satzung des/der Eigenbetrieb(e) entsprechend aufgenommen.

5. Der Frauenförderplan für den oder die Eigenbetriebe wird nach Beschlussfassung in dem oder den Eigenbetriebe/n in geeigneter Form bekannt gemacht (siehe § 6 Abs. 6 Satz HGIG).

Der Beschluss für die Punkte 1,2,4 und 5 wird gefasst mit: 37 Ja-Stimmen, 03 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

3. Für den oder die Eigenbetrieb(e) der Stadt Bensheim, für die ein Frauenförderplan erforderlich oder gewünscht ist, wird ein Frauenförderplan aufgestellt und der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung in der März-Sitzungsrunde 2014 vorgelegt und dies in der Satzung des/der Eigenbetrieb(e) vorher entsprechend aufgenommen.

Der Beschluss für Punkt 3 wird gefasst mit: 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt 6) Antrag der BfB-Fraktion bezüglich "Aufforderung an die neue hessische Landesregierung zur Änderung der Leitlinien zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte; hier: Herausnahme der Festlegung auf die Erhöhung der Grundsteuer B"

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bensheim lehnt die Festlegung auf die Erhöhung der Grundsteuer B in den Leitlinien zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte ab und fordert die neue hessische Landesregierung auf, Punkt 10 so zu ändern, dass keine bestimmte Steuer erwähnt wird.

Die Stadtverordnetenvorsteherin wird beauftragt, den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung an die hessische Landesregierung und an alle Fraktionen des hessischen Landtags zu schicken. Eingehende Antworten sind den Fraktionen umgehend zur Kenntnis zu geben.

Der Beschluss wird gefasst mit: 05 Ja-Stimmen, 36 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 7) Antrag der SPD-Fraktion bezüglich "Absicherung Gleisanlagen"

Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, von der Deutschen Bahn AG Konzepte für eine Absicherung ihrer Gleisanlagen in Gefahrenschwerpunkten in Bensheim (z.B. Verlängerung der Fehlheimer Straße in Richtung Auerbach nach Ende der Schallschutzwand) bei gegebener Rechtsgrundlage zu verlangen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 41 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt 8) Antrag der Fraktionen von CDU, GLB, SPD, BfB, FWG und FDP bezüglich "Termin Bürgermeisterwahl"

Beschluss:

Der Termin für die Bürgermeisterwahl wird auf Sonntag, 25.05.2014 festgelegt. Eine Stichwahl ist für Sonntag, 22.06.2014 vorzusehen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 41 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt 9) Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, GLB, BfB, FWG und FDP bezüglich "Grundsatzbeschluss Sanierung Bürgerhaus"

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich grundsätzlich für eine Sanierung des Bürgerhauses aus.

Der Magistrat wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung bis spätestens zu Vorlage des Haushaltsplanentwurfs 2015 ein Sanierungskonzept zur weiteren Beratung vorzulegen.

Im Rahmen dieses Sanierungskonzeptes sind folgende Inhalte zwingend zu berücksichtigen und müssen dargestellt werden:
Beibehaltung des großen Saals, Wiederherstellung der Nutzungsmöglichkeit der vorhandenen Clubräume, Barrierefreiheit, Erfüllung des Brandschutzes.

Weiterhin sind im Sanierungskonzept verschiedene Optionen und Alternativen ergänzend darzustellen.

Der Magistrat wird beauftragt, für die beabsichtigte Sanierung Fördermittel zu beantragen und zu berichten, unter welchen Bedingungen diese erlangt werden können. Insofern ist auch eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der verschiedenen Sanierungsalternativen darzustellen, die insbesondere den jährlichen zu tragenden Verlustausgleich darstellt.

Der Magistrat wird außerdem beauftragt, einen Vorschlag zur zukünftigen Nutzung des Dalberger Hofs zu machen bzw. verschiedene Möglichkeiten darzustellen.

Der Magistrat wird beauftragt, einen Vorschlag für ein zukünftiges Betreiberkonzept zu erarbeiten.

Bevor die parlamentarischen Gremien sich abschließend mit den Sanierungsmöglichkeiten befassen, wird das Sanierungskonzept in einer Bürgerversammlung vorgestellt und zur Diskussion gestellt. Die Stadtverordnetenvorsteherin wird gebeten, zu diesem Thema eine Bürgerversammlung einzuberufen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 30 Ja-Stimmen, 07 Nein-Stimmen, 04 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

Punkt 10) Kindertagesstätte Stubenwald; hier: Ausfallbürgschaft der Stadt Bensheim

---

Beschluss:

Es wird beschlossen, einer Ausfallbürgschaft bis zu 80 % des Darlehensbetrages von 1.739.000 € durch die Stadt Bensheim zugunsten der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Bergstraße e.V. zuzustimmen.

Das Darlehen dient zur Finanzierung des Neubaues der Kindertagesstätte Stubenwald in der Stubenwald-Allee.

Der als weitere Sicherheit für den Eigenbetrieb von der Betriebskommission beschlossenen Ergänzung des Betriebsvertrages in § 10 Abs. 1 (als Anlage 1 beigefügt) wird zugestimmt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 22 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

Punkt 11) Stiftung Heilig-Geist-Hospital Bensheim Hier: Wahl des/ der Vertreters/ Vertreterin und des/ der Stellvertreter/in in das Kuratorium

---

Beschluss:

Gemäß § 7 Abs. 2 der Satzung der Stiftung Heilig-Geist-Hospital Bensheim gehören neben weiteren Personen auch der Bürgermeister der Stadt Bensheim sowie ein weitere/r Vertreter/in sowie Stellvertreter/in der Stadt Bensheim dem Kuratorium der Stiftung Heilig-Geist-Hospital Bensheim an. Gemäß § 7 Abs. 5 benennen die Mitglieder für den Fall ihrer Verhinderung einen Stellvertreter.

Als weitere/n Vertreter/ Vertreterin sowie Stellvertreter/ Stellvertreterin entsendet die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bensheim folgende Personen:

Vertreter/in: Dr. Schwalbach, Peter

Stellvertreter/in: Sydow, Michael

Der Beschluss wird gefasst mit: 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung, einstimmig angenommen

Punkt 12) Sanierung des Kunstrasenplatzes im Sportpark "West", Berliner Ring, Bensheim

---

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Sanierung des Kunstrasenplatzes im Sportpark „West“, Berliner Ring mit geschätzten Gesamtkosten von rd. 340.000 € brutto zu.

Die über den im Nachtragshaushaltsplan 2013 bei Produkt 2.60.03. – Sportanlagen – Projekt-Nr. 5001317 – bereitgestellten Ansatz von 290.000 € hinausgehenden Mittel in Höhe von 50.000 € werden als überplanmäßige Ausgaben auf der Grundlage des § 100, Abs. 1 HGO bereitgestellt.

Die überplanmäßigen Ausgaben können durch Inanspruchnahme der beim 4. Bauabschnitt der Neugestaltung des „Kroneparks“ in Bensheim-Auerbach erzielten Einsparungen in Höhe von rd. 235.000 € abgedeckt werden, die infolge von kostenreduzierenden Abänderungen bei den Gestaltungsmaßnahmen entstanden und beim Produkt 2.60.05 -Park- und Gartenanlagen, Projekt-Nr. 5001061 – „Kronepark“ aus dem Haushaltsjahr 2011 verfügbar sind

Die SSG Bensheim beteiligt sich an den Sanierungskosten mit einem Betrag von maximal 50.000 €, die gemäß einer noch zu verhandelnden Ratenzahlungsvereinbarung abgezahlt werden.
Der SSG Bensheim/Hockeyabteilung wird als Gegenleistung ein mindestens 12 Jahre währendes Nutzungsrecht an dem sanierten Kunstrasenbelag eingeräumt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 03 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt 13) a) Stadtpark - Wegesanierung 'Schmuckgarten' und 'Große Wiese', Teilbereich Bewässerung und Mauersanierung Teichanlage

b) Stadtpark Toilettenanlage - Dachsanierung, Aufhebung des Sperrvermerks vom 13.12.2012

Anmerkung: Für diesen Punkt wurde Einzelabstimmung beantragt.

Beschluss:

a) Stadtpark – Wegesanierung `Schmuckgarten` und `Große Wiese`, Teilbereich Bewässerung und Mauersanierung Teichanlage

Der Durchführung der Wegesanierung im unteren und oberen Stadtparkbereich (`Schmuckgarten` und `Große Wiese`), der Umsetzung zur Vorbereitung einer automatischen Bewässerungsanlage und der

Mauersanierung an der Teichanlage mit einem Gesamtkostenrahmen von 90.000,- € wird zugestimmt.
Für die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen stehen im Teilfinanzhaushalt 2013 des Produkts 2.60.05. - `Park- und Gartenanlagen, öffentliche Flächen` bei Projekt 5.001024 – Stadtpark, Wegesanierung, Stadtparksanierung, Mittel in Höhe von 90.000,- € zur Verfügung.
Die Ausführung der Maßnahmen ist im Frühjahr 2014 vorgesehen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 35 Ja-Stimmen, 02 Nein-Stimmen, 03 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

b) Stadtpark Toilettenanlage – Dachsanierung
Aufhebung des Sperrvermerks vom 13.12.2012

Der Aufhebung des Sperrvermerks der Stadtverordnetenversammlung vom 13.12.2012 und der Durchführung der Dachsanierung mit einem geschätzten Kostenrahmen von 10.000,- € wird zugestimmt. Für die Dachsanierung stehen im Teilfinanzhaushalt 2013 unter dem Produkt 2.60.01. `Bereitstellung Gebäude` auf dem Sachkonto 6161200 `Instandhaltung Gebäude` entsprechende HHmittel zur Verfügung.
Die Durchführung der Dacherneuerung soll im Zusammenhang mit den Sanierungsmaßnahmen im Stadtpark erfolgen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt 14) 11. Änderung des Bebauungsplanes BW 15C "Kappesgärten BA III - Teilbereich Alleehotel" in Bensheim
hier:
a) Beschluss des Abwägungsvorschlages aus der Offenlage gem. § 3 (2) BauGB und § 4 (2) BauGB
b) Beschluss des geänderten Entwurfes
c) Beschluss der erneuten Offenlage gem. § 4a (3) BauGB

<u>Beschluss:</u>

a) Der Abwägungsvorschlag aus der Offenlage des Entwurfes der 11. Änderung des Bebauungsplanes BW 5 „West V“ gem. § 3 (2) BauGB und § 4 (2) BauGB wird beschlossen.

b) Der geänderte Entwurf der 11. Änderung des Bebauungsplanes BW 5 „West V“ wird beschlossen.

c) Die erneute Offenlage des geänderten Entwurfes gem. § 4a (3) BauGB wird beschlossen. Die Offenlage wird auf 2 Wochen verkürzt, wobei sich die Beteiligung auf die Änderungen im Bebauungsplan beschränkt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt 15) 2. Stufe S-Bahn Rhein-Neckar, Station Bensheim-Auerbach hier: Kosten- und Finanzierungsanteile

---

Anmerkung: Die FWG-Fraktion nahm an der Abstimmung nicht teil.

Beschluss:

Der Übernahme der voraussichtlichen Bau- und Planungskosten für den S-Bahn-gerechten Ausbau der Station Bensheim-Auerbach in Höhe von 746.795 Euro aufgrund der vorliegenden Kostenschätzung wird zugestimmt.

Die Kostenerhöhung wird gemäß der vorliegenden Umlageaufteilung im Nachtragshaushalt veranschlagt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt 16) Anfrage der BfB-Fraktion bezüglich "Zustand des Hauses Marktplatz 3 und notwendige Sanierungsmaßnahmen"

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 17) Anfrage der SPD-Fraktion bezüglich "Maßnahmen im Bereich der Brücke über die A 5 im Hinblick auf die Inbetriebnahme der Westtangente"

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 18) Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich "Bekanntmachung, Beschluss und Inhalt Frauenförderplan für die Kernverwaltung der Stadt Bensheim"

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 19) **Anfrage der BfB-Fraktion bezüglich "Verbesserungen im Stadtbus-System"**

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 20) **Anfrage der SPD-Fraktion bezüglich "Umbaumaßnahme im Stadtteil Auerbach"**

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 21) **Anfrage der BfB-Fraktion bezüglich "Außenbewirtschaftungskosten, Getränkelieferanten, Erreichbarkeit der Ärzte in der Innenstadt während des Hessentages"**

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 22) **Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich "Beseitigung Baustellenschilder Viebrock-Reithallen und Hinweisschild Bundesknappschaft in Schönberg"**

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 23) **Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion bezüglich „Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung bezüglich Aufstellung Litfaßsäulen für nicht-kommerzielle Kulturveranstaltungen“**

Anmerkung: Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 24) **Fahrrad-Parkhaus inkl. Ladestation für E-Bikes am Bahnhof Bensheim**

Prüfungsauftrag der Stadtverordnetenversammlung vom 10.10.2013 Antrag der FDP-Fraktion und Ergänzungsantrag von CDU und GLB

Anmerkung: Die Information wurde zur Kenntnis genommen

Punkt 25) **Geplanter Herbsterlass 2013**

Anmerkung: Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

Bensheim, den 18.02.2014

Ende der Sitzung: 22:12 Uhr